



Kommunen und Landkreis sind finanziell an der Schmerzgrenze

Landrat, Bürgermeister und Verwaltungsleiter im Saale-Holzland-Kreis fordern gemeinsam eine bessere Finanzausstattung durch das Land: „Nehmt den ländlichen Raum endlich ernst!“ - Ohne auskömmliche Finanzierung sind Aufgaben nicht mehr zu erfüllen.

Eisenberg. Auf Einladung von Landrat Andreas Heller haben sich die hauptamtlichen Bürgermeister und Verwaltungsleiter aus dem Saale-Holzland-Kreis am 4. Dezember zu einem Gespräch im Landratsamt in Eisenberg getroffen, um auf die katastrophale finanzielle Situation der kommunalen Gemeinschaft aufmerksam zu machen und Unterstützung vom Land einzufordern.

Bei dem Austausch wurde deutlich, dass die Mehrzahl der kreisangehörigen Gemeinden aus eigener Kraft keine ausgeglichene Haushaltsfinanzierung mehr zusammenbekommt. Etliche werden auf absehbare Zeit auch keine Haushaltskonsolidierung mehr schaffen.

„Wir sind praktisch fast alle pleite“, fasste Wolfgang Fiedler, ehemaliger langjähriger Landtagsabgeordneter und ehrenamtlicher Bürgermeister von Tröbnitz, die Situation drastisch zusammen. „Grund ist, dass das Land den Kommunen zu wenig Geld gibt, obwohl es selbst über eine Milliarde Euro in der Rücklage hat.“

„Das Land hat in den vergangenen fünf Jahren rund 5 Milliarden mehr zur Verfügung gehabt, die Kommunen in der Summe eine Milliarde weniger“, verdeutlichte der Bürgeler Bürgermeister Johann Waschnewski die Schieflage und formulierte die gemeinsame Haltung von Städten, Gemeinden und Landkreis. „Wir sehen das Land in der Pflicht, unsere Kommunen finanziell besser auszustatten.“

Die Verwaltungsleiter, Bürgermeister und der Landrat bekräftigen die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einem finanziellen Zuschlag für die Landkreise und Kommunen für das Jahr 2020. Der Thüringische Landkreistag und Gemeinde- und Städtebund Thüringen fordern damit einen gerechten Anteil am Steuereinnahmeplus des Landes. Die Teilnehmer der Runde begrüßen die aktuelle Gesetzesinitiative von CDU und FDP für ein Hilfspaket für die Thüringer Kommunen im Umfang von 168 Millionen Euro für 2020.

Angesichts der massiv gestiegenen Sozialausgaben beim Landkreis sei es überfällig, dass nicht nur das Land, sondern auch der Bund die Aufgabenerfüllung vor Ort auskömmlich finanziert, so die Verwaltungsleiter, und dies nach dem Prinzip der Konnexität. „Konnexität heißt: Wer bestellt, bezahlt“, so Landrat Andreas Heller, „und das nicht pauschal, sondern ausfinanziert mit einer Spitzabrechnung, so dass wir nicht auf einem Teil der Kosten sitzen bleiben.“

„Es ist das geltende System des Kommunalen Finanzausgleichs, das die Kommunen in den Ruin treibt“, betont Constance Möbius, Leiterin der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf. „Das System ist starr und entspricht längst nicht mehr der Realität.“ Die

sogenannte Hauptansatzstaffel im Thüringer Finanzausgleichsgesetz etwa benachteilige kleine Städte und Dörfer. „Es kann nicht sein, dass Großstädter mehr wert sind als die Menschen auf dem Dorf.“

Die Folge des derzeitigen Finanzdefizits ist, dass viele Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr wie bisher erfüllen können. „Wir können das nicht mehr abfedern, und die Bürger werden das konkret zu spüren bekommen“, so die Dornburg-Camburger Bürgermeisterin Dorothea Storch, und ihr Kahlaer Amtskollege Jan Schönfeld bestätigt: „Wir können bestimmte Dinge in Zukunft einfach nicht mehr leisten.“

Die Konsequenzen werden, wie bei dem Austausch zusammengetragen wurde, von Investitionen in die Feuerwehr bis zur Erhaltung von Turnhallen und Sportstätten reichen. Die nötigen Sparmaßnahmen werden beim Ausschalten der abendlichen Straßenbeleuchtung anfangen und bei der Kürzung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten nicht enden.

Kritisiert wurde auch, dass die mangelhafte Finanzausstattung durch komplizierte und einschneidende Konsolidierungsverfahren verschärft wird. Die Kommunen werden mit immer mehr Vorschriften überflutet.

„Das Land muss den ländlichen Raum endlich ernst und wahrnehmen,“ fordern die Bürgermeister und der Landrat. „Wir lassen nicht zu, dass uns durch das finanzielle Ausbluten eine Gebietsreform durch die Hintertür aufgezwungen wird. Wir wollen unsere Aufgaben für die Bürger auch in Zukunft erfüllen, aber dafür brauchen wir vom Land das nötige Geld – nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

Die Teilnehmer vereinbarten, das Thema in der nächsten Zeit intensiv weiter zu verfolgen und geeignete Maßnahmen zu prüfen, um ihre Forderungen zu untermauern. Landrat Heller wurde beauftragt, Ministerpräsident Ramelow und die Fraktionsvorsitzenden im Landtag anzuschreiben und ihnen die Forderungen der kommunalen Gemeinschaft nachdrücklich zu vermitteln.